Aus dem Ortsgemeinderat

Am 23.04.2008 fand in Lissendorf, im Jugend- und Dorfgemeinschaftszentrum, unter Vorsitz von Ortsbürgermeister Lothar Schun eine öffentliche und anschließend nichtöffentliche Sitzung des Ortsgemeinderates der Ortsgemeinde Lissendorf statt.

Aus der öffentlichen Sitzung:

Beteiligung der Ortsgemeinde an den Personalkosten der Kindertagesstätte "St. Dionysius" in Lissendorf

Sachverhalt:

Mit Bescheid vom 28.01.2008 hat die Kreisverwaltung Vulkaneifel Abschlüsse auf die Personalkostenanteile für das Jahr 2008 der Kindertagesstätte Lissendorf in Höhe von 48.000,00 € festgesetzt. Hiergegen hat die Verbandsgemeindeverwaltung mit Schreiben vom 21.02.2008 vorsorglich Widerspruch eingelegt.

Gemäß Zweckvereinbarung werden die angeforderten Kosten umlagefinanziert (je 50 % der Kindergartenkinder und Einwohner zum 30.06.2007) durch die beteiligten Ortsgemeinden Lissendorf, Birgel und Steffeln. Es entfallen auf die Ortsgemeinde

- Lissendorf	22.176,00 € (46,2 %)
- Birgel	12.336,00 € (25,7 %)
- Steffeln	13.488,00 € (28,1 %)

Mit der Problematik der Kostenbeteiligung hatte sich bereits im vergangenen Jahr der Ortsgemeinderat Lissendorf beschäftigt und zuletzt mit Beschluss vom 01.10.2007 einer Kompromisslösung zugestimmt. Für die Jahre 2006 und 2007 wurde sich mit der Kreisverwaltung Vulkaneifel geeinigt auf den jeweils hälftigen Trägeranteil für die Ortsgemeinde Lissendorf.

Am 29.10.2007 hat der Jugendhilfeausschuss nunmehr die „Richtlinien des Landkreises Vulkaneifel über die Beteiligung der kreisangehörigen Gemeinden an den Personalkosten von Kindertagesstätten in freier Trägerschaft“ beschlossen. Diese Richtlinie ist nach Auffassung der Verwaltung rechtswidrig, weil sie Regelungen enthält, die der ständigen und inzwischen gefestigten Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte widersprechen.

Nach § 12 Abs. 6 des Kindertagesstättengesetzes kann von einer Gemeinde im Einzugsbereich eines Kindergartens eines freien Trägers eine Kostenbeteiligung verlangt werden. Wie die Gerichte inzwischen aber bereits mehrfach entschieden haben, gilt dann eine Ausnahme, wenn eine besondere Finanzschwäche vorliegt. In den Fällen entfällt eine Kostenbeteiligung. Dies trifft uneingeschränkt zu bei der Ortsgemeinde Lissendorf.

Nach dem Wegfall der Bedarfszuweisungen ab dem Jahr 2006 hat sich die Rechtslage nicht geändert. Im Gegenteil: Das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz hat mit neuestem Urteil vom 13.12.2007 (Az.: 7 A 10850/07.OVG) seine Rechtsauffassung bekräftigt, wonach besonders finanzschwache Gemeinden von der Beteiligung an den Personalkosten befreit sind. Die Besonderheit der Leistungsschwäche liegt darin, wenn trotz Ausschöpfung aller Einnahmemöglichkeiten und Ausnutzung jeglicher Sparmöglichkeiten auf mittlere Sicht entgegen den gesetzlichen Haushaltsregeln (§ 93 GemO) ein Haushaltsausgleich nicht erzielt werden kann. Bei der Betrachtungsweise der besonderen Finanzschwäche ist auf das dem Antragsjahr vorausgehende Haushaltsjahr abzustellen, also das Jahr 2007.

Die Ortsgemeinde Lissendorf befindet sich seit vielen Jahren in einer äußerst schwierigen finanziellen Lage. Lissendorf hat bis zum Jahr 2005 ununterbrochen Bedarfszuweisungen zum Haushaltsausgleich erhalten. Das Rechnungsjahr 2006 schloss mit einem Fehlbetrag von 157.618,00 € ab, für das Haushaltsjahr 2007 ist ein Fehlbedarf von 297.040,00 € ausgewiesen. Die unausgeglichene Haushalte führten immer wieder zu Beanstandungen durch die Kommunalaufsicht. Nach dem Ergebnis der Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit der

Ortsgemeinde Lissendorf im Haushalt 2008 kann mittelfristig nicht mit einer freien Finanzspitze gerechnet werden.

Als weiteres Indiz für die besondere Finanzschwäche der Ortsgemeinde Lissendorf kann die äußerst niedrige Steuerkraftmesszahl herangezogen werden. Sie beträgt für das Jahr 2007 54,8 % und liegt damit erheblich unter dem Landesdurchschnitt.

Somit kann eine Kostenbeteiligung der Ortsgemeinde Lissendorf an den Personalkosten der Kindertagesstätte Lissendorf nicht gefordert werden. Seitens der Verwaltung wird daher dem Ortsgemeinderat empfohlen, den Widerspruch aufrecht zu erhalten und vorläufig die angeforderten Abschläge nicht zu bezahlen.

Beschluss:

Nach sehr ausführlicher Beratung beschließt der Ortsgemeinderat:

Der Widerspruch der Verbandsgemeindeverwaltung Obere Kyll vom 14.02.2008 gegen den Bescheid der Kreisverwaltung Vulkaneifel vom 25.01.2008 über die Festsetzung eines vorläufigen Personalkostenanteils für das Jahr 2008 wird aufrechterhalten, soweit ein Betrag von 22.176,00 € gefordert wird. Die angeforderten Abschläge sind vorläufig unter Vorbehalt zu zahlen.

Aufstellung einer Vorschlagsliste für die Wahl von Schöffen für die Geschäftsjahre 2009 bis 2013

Sachverhalt:

Für die Wahl der Schöffen für die Geschäftsjahre 2009 bis 2013 sind von den Ortsgemeinden entsprechende Vorschlagslisten aufzustellen. Gemäß Schreiben des Präsidenten des Landgerichtes Trier vom 25.02.2008, sind für die Ortsgemeinde Lissendorf zwei Personen in diese Vorschlagsliste aufzunehmen.

Matthias Dederichs und Sabrina Spohr wurden vorgeschlagen und mit der erforderlichen Mehrheit gewählt.

Neufassung der Verträge mit den VG-Werken zur Regelung der Mitbenutzung von Gemeindestraßen, -wegen und -plätzen durch Leitungen und Anlagen der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung

Sachverhalt:

Der Vorsitzende und die Verwaltung unterrichteten den Ortsgemeinderat über die Notwendigkeit, den Vertrag zwischen der Ortsgemeinde und den Verbandsgemeindewerken zur Regelung der Mitbenutzung von Gemeindestraßen, -wegen und -plätzen durch Leitungen und Anlagen der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung neu zu fassen.

Die derzeit bestehende Vereinbarung vom Februar 2002 entspricht in verschiedenen Punkten nicht mehr der Mustersatzung des Gemeinde- und Städtebundes, die u. a. auf Grund von Rechtsprechungen geändert worden ist. Die einzelnen Änderungen sind aus der Synopse der bestehenden und neuen Vereinbarung sowie den Erläuterungen zu den wesentlichen Änderungen ersichtlich.

Beschluss:

Nach eingehender Beratung beschließt der Ortsgemeinderat, den Vertrag zwischen der Ortsgemeinde und den Verbandsgemeindewerken zur Regelung der Mitbenutzung von Gemeindestraßen, -wegen und -plätzen durch Leitungen und Anlagen der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung gemäß dem Entwurf abzuschließen und beauftragt den Ortsbürgermeister, diesen zu unterzeichnen.

Jahresrechnung 2006 - Prüfung und Entlastungserteilung

Sachverhalt:

Die Prüfung der Jahresrechnung 2006 erfolgte durch den Rechnungsprüfungsausschuss unter Vorsitz von Ratsmitglied Theo Peters.

Dieser trug das Ergebnis der Prüfung gemäß Prüfungsniederschrift vom 04.03.2008 vor.

Danach ergaben sich keine Beanstandungen.

Folglich schlägt der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses dem Rat vor, dem Ortsbürgermeister, den Beigeordneten sowie dem Bürgermeister und den Beigeordneten der Verbandsgemeinde Entlastung für das Haushaltsjahr 2006 zu erteilen.

Beschluss:

Der Rat erteilt dem Ortsbürgermeister, den Beigeordneten sowie dem Bürgermeister und den Beigeordneten der Verbandsgemeinde Entlastung für das Haushaltsjahr 2006.

Haushaltssatzung und -plan für das Haushaltsjahr 2008 sowie Investitionsprogramm 2007 bis 2011

Sachverhalt:

Der Ortsgemeinderat nahm Kenntnis vom Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2008 nebst Plan.

Gemäß dem vorliegenden Entwurf summieren sich im Verwaltungshaushalt die Einnahmen auf 1.069.330 € und die Ausgaben auf 1.565.370 €, sodass ein Defizit in Höhe von 496.040 € ausgewiesen werden muss. Hierin enthalten ist die Abwicklung des Altfehlbetrages 2006 in Höhe von 420.260 €, sodass der bereinigte Fehlbetrag, welcher auf das Haushaltsjahr 2008 entfällt, sich lediglich auf 75.780 € beläuft.

Im Vermögenshaushalt summieren sich die Einnahmen und Ausgaben gleichlautend auf 1.792.990 €. Zur Finanzierung des Vermögenshaushaltes ist eine Kreditaufnahme von 31.000 € notwendig.

Beschluss:

Nach eingehender Beratung beschließt der Ortsgemeinderat entsprechend der Empfehlung des Finanzausschusses vom 31.03.2008, die Haushaltssatzung 2008 nebst Plan in der Fassung des vorgelegten Entwurfs.

Des Weiteren beschließt der Ortsgemeinderat gemäß der Empfehlung des Finanzausschusses, das Investitionsprogramm 2007 bis 2011 gemäß dem vorliegenden Entwurf.

Außerdem beauftragt und ermächtigt der Ortsgemeinderat nach der Empfehlung des Finanzausschusses, den Ortsbürgermeister, die genehmigten und notwendigen Kredite nach Bedarf zu den günstigsten Kreditangeboten in Abstimmung mit der Verwaltung aufzunehmen.